



NEWSLETTER 05/2017

FORUM | MIGRATION



500.000 Migrant_innen in IG Metall

Die Gewerkschaft ließ untersuchen, wie offen sie für Kolleg_innen mit Migrationshintergrund ist. Das Ergebnis: 21,7 Prozent der rund 2,2 Millionen Mitglieder hat ausländische Wurzeln, unter den IG Metallern_innen im Betrieb sind es sogar 24,4 Prozent. Damit ist die Gewerkschaft wohl die größte politische Migrant_innenorganisation in Deutschland. Das erstaunlichste Ergebnis der bislang unveröffentlichten Studie aber ist ein anderes: Bei den betrieblich Engagierten sind die Migrant_innen besonders stark vertreten.

37 Prozent der Vertrauensleute, 33 Prozent der Vertrauenskörperleitungen, 32 Prozent der Betriebsräte_innen und 28 Prozent der Schwerbehindertenvertreter_innen haben einen Migrationshintergrund. Damit sind in all diesen Bereichen mehr Migrant_innen aktiv, als es ihrem Anteil im Betrieb entspricht. Der IG Metall ist es über die Jahre offensichtlich besonders gut gelungen, migrantische Kolleg_innen in die aktive betriebliche Arbeit einzubetten.

Die größte Gruppe der migrantischen IG Metallern_innen hat Wurzeln in der Türkei (17,2 Prozent),

gefolgt von Polen (9,9) und Italien (8,4). Die meisten Mitglieder mit Migrationshintergrund kamen zwischen 1986 und dem Jahr 2000 nach Deutschland, also lange nach dem Anwerbeabkommen für die damals so genannten „Gastarbeiter“. Über 90 Prozent leben seit über 15 Jahren in Deutschland. Knapp zwei Drittel der Mitglieder mit Migrationshintergrund haben einen deutschen Pass, 10,5 Prozent zwei Staatsangehörigkeiten, etwa 27 Prozent sind Ausländer_innen.

Die Studie zeigt auch anhaltende Formen der Diskriminierung auf dem Arbeitsmarkt. Demnach sind Befragte mit Migrationshintergrund um die Hälfte häufiger nur befristet beschäftigt als IG Metall-Mitglieder ohne ausländische Wurzeln (15,2 zu 11 Prozent), gleiches gilt für Leiharbeit (10,1 zu 6,7 Prozent) und Beschäftigung unterhalb der Qualifikation (18,6 zu 13,8 Prozent). Die Studie führte das Berliner Institut für empirische Integrations- und Migrationsforschung im Auftrag der Gewerkschaft durch.



Infos „Die Mitglieder der IG Metall mit Migrationshintergrund“
<http://bit.ly/2pBwLlL>

INHALT 05/2017

500.000 Migrant_innen in IG Metall	1
Ihr erster Fall	2
Anerkennungs-News	2
Man kann auch gewinnen: Kämpfe gegen Ausbeutung	3
Asyl für die türkische Gewerkschafterin Sakine Yilmaz	3
Studie: Muslime helfen Geflüchteten am häufigsten	3
News + Termine	4
Der Vielfalt gerecht werden – Iva Krtalic, Beauftragte für Integration und interkulturelle Vielfalt beim WDR	5



Porträt Anerkennung: Maria-Luise Weiß, Weinheim

Ihr erster Fall

Im Herbst ließ Maria-Luise Weiß, DGB Ortsvereinsvorsitzende in Weinheim, sich als „Betriebliche Fachkraft Anerkennung“ ausbilden. Ihr erster Fall ließ nicht lange auf sich warten: Wenige Wochen später machte ein Kollege die Kauffrau und Betriebsrätin beim Automobil-Zulieferer Freudenberg auf einen jungen Syrer aufmerksam. Der 24-Jährige lebte als Flüchtling im Odenwald. In seiner Heimat hatte er IT-Techniker gelernt, wie er in Deutschland in diesem Beruf arbeiten könnte, wusste er nicht.

Eigentlich war Weiß' Ausbildung dazu gedacht, anerkennungswillige Kolleg_innen im eigenen Betrieb zu unterstützen. Aber hier sprang sie ehrenamtlich ein. „Er hatte schon viele Vorarbeit geleistet“, sagt Weiß: Seine Zeugnisse und Stundenpläne übersetzen lassen, vor allem. Über Monate traf Weiß sich mit dem Mann, der als Vormund eine minderjährige Nichte und Neffen mit nach Deutschland gebracht hatte. Er kam in das DGB Büro nach Weinheim, Weiß ging mit ihm minutiös alle Dokumente durch. Der 2015 nach Deutschland gekommene Syrer hatte in Damaskus an einer Universität gelernt, wie er sagte, einen Bachelor oder Master hatte er dort aber nicht bekommen – nur ein syrisches Diplom.

„Ich habe mich erkundigt, ob das ein anerkanntes Berufsbild ist“, sagt Weiß. Sie schrieb das Jobcenter an und bat um Übernahme der Kosten für die Anerkennung. Dann erkundigte Weiß sich bei der Kultusministerkonferenz-Stelle ANNABIN, wer die Anerkennung übernehmen könne. Mit Kolleg_innen, mit denen sie im Vorjahr die Fachkraft-Schulung durchlaufen hatte, hatte Weiß den Kontakt gehalten. Vor jedem Schritt stimmte sie sich nun mit ihnen ab. „Das war mein erster Fall. Man hat da natürlich Unsicherheiten und will, dass alles ordentlich läuft“, sagt Weiß. „Vorsichtig“ sei sie deshalb gewesen.

Doch es lief alles ordentlich. „Das Jobcenter hat die Kostenübernahme zugesagt. Jetzt sind wir soweit, dass wir in den nächsten Tagen den Antrag losschicken“, sagt Weiß Mitte April. Der syrische IT-Techniker spreche mittlerweile „fast perfekt Deutsch“, sagt Weiß. Er wolle sein Abitur nachholen, um berufsbegleitend studieren zu können. „Wir hoffen, dass er mit besseren Aussichten auf dem Arbeitsmarkt auch einen dauerhaften Aufenthalt bekommt.“ Es gehe auch darum, dass der Flüchtling „gut für die beiden Kinder sorgen kann“.

Für Weiß ist die Arbeit als Anerkennungs-Fachkraft – ob ehrenamtlich oder im Betrieb – „eine Möglichkeit, sich als Gewerkschafterin aufzustellen und diesen Menschen eine Perspektive zu geben“, sagt sie.

Anerkennungs-News

5 Jahre Anerkennungsgesetz

Im April 2012 trat das neue Anerkennungsgesetz in Kraft. Heute „trägt es dazu bei, die Willkommenskultur auszufüllen“, sagt Niedersachsens Landessozialministerin Cornelia Rundt (SPD). Die Anerkennung von Kompetenzen, die im Ausland erlangt worden sind, sei längst überfällig gewesen. „Die berufliche Anerkennung ist für zugewanderte Menschen häufig der entscheidende Schritt in den Arbeitsmarkt – und damit zu ihrer gesellschaftlichen Teilhabe und Qualifikation“, so Rundt. Die Antragszahlen in Niedersachsen steigen, die Anerkennungs-Quote sei hoch: 2015 wurden in Niedersachsen 60,7 Prozent der Anträge positiv beschieden. 26,1 Prozent erhielten eine Auflage zur Ausgleichsmaßnahme. Beim Inkrafttreten des Anerkennungsgesetzes 2012 gründeten 76 Industrie- und Handelskammern ein Kompetenzzentrum für eine einheitliche Entscheidungspraxis: Die IHK FOSA („ForeignSkills Approval“). Diese sei ein „wirksamer Beitrag zur Fachkräftesicherung“, sagt Geschäftsführerin Heike Klembt-Kriegel heute. „Das Interesse am Anerkennungsgesetz hat nicht nur bei Antragstellenden, sondern auch bei Unternehmen spürbar zugenommen. Die Chancen, die sich im Zusammenhang mit einem Verfahren zur Berufsanerkennung eröffnen, werden zunehmend bekannter.“



<http://bit.ly/2omJpaz>



<http://www.ihk-fosa.de>

IQ Netzwerk präsentiert Fachwörterbuch für das Anerkennungsverfahren

Selbst Google Translate muss da passen: „Gleichwertigkeitsfeststellungsverfahren“ oder „Referenzqualifikationen“ – für das Anerkennungsverfahren sind diese Verwaltungsbegriffe wichtig. Gleichzeitig sind sie so Deutsch, dass sie nicht ohne Weiteres auf Kurdisch oder Arabisch ausgedrückt werden können. Wie es doch geht, zeigt jetzt ein mehrsprachiges Fachwörterbuch in Deutsch, Englisch, Arabisch, Persisch und Kurdisch. Erstellt hat es Mozaik, eine Gesellschaft für interkulturelle Bildungsangebote aus Bielefeld. Die 48-seitige Broschüre kann kostenlos heruntergeladen werden.



Download mehrsprachiges Fachwörterbuch für das berufliche Anerkennungsverfahren:
<http://bit.ly/2lSsqzV>

Ausländische Anwälte: Leichter auf den deutschen Markt

Seit März ist neu geregelt, unter welchen Bedingungen Jurist_innen aus EU-Staaten in Deutschland ihre Dienste anbieten können. Der Bundestag hat die Umsetzung der Anerkennungsrichtlinie beschlossen. Ausländische Anwälte haben jetzt einheitlichen Zugang zum deutschen Rechtsmarkt. Dies schaffe „bessere Möglichkeiten, sich in ausländischem Recht

beraten zu lassen, ohne dabei auf die gewohnte Qualität der Rechtsberatung verzichten zu müssen“, sagte die verbraucherpolitische Sprecherin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Elisabeth Winkelmeier-Becker. Gestrichen worden sei eine zunächst geplante, mit Bußgeldern bewehrte Fortbildungspflicht für ausländische Anwälte. Diese hätte einen „anlassloser Eingriff in das Grundrecht der Berufsfreiheit“ dargestellt, so die CDU. Die Rechtsanwaltskammer Berlin bedauerte dies: „Wir sind einer der wenigen Mitgliedstaaten der EU, in denen es keine konkretisierte Fortbildungspflicht gibt. Aus europarechtlicher Perspektive halte ich dies für sehr bedenklich“, sagte Präsident Ekkehart Schäfer.

Anerkennungszuschuss: Erste Fördergelder fließen

Seit Anfang Dezember zahlt das Bundesministerium für Bildung und Forschung Zuschüsse für die Anerkennung ausländischer Abschlüsse. In den ersten Monaten sind über 300 Anträge bei der zentralen Förderstelle in Chemnitz eingegangen, die ersten Hilfen wurden ausbezahlt. Übernommen werden unter anderem Kosten von bis zu 600 Euro für Gebühren des Anerkennungsverfahrens, Übersetzungen und Beglaubigungen sowie Gutachten.



www.anerkennungszuschuss.de

Fünf neue Beratungsstellen in Bayern

Die Bayerische Landesregierung fördert 5 neue Anlaufstellen für die Anerkennungsberatung in Ingolstadt, Landshut, Regensburg, Bamberg und Würzburg. Die Beratenden informieren seit Oktober 2016 Menschen mit im Ausland erworbenen Berufsqualifikationen darüber, wie sie ihren Abschluss in Deutschland anerkennen lassen können. Darüber hinaus helfen sie bei der Antragstellung. Angesiedelt sind die Stellen bei den Beruflichen Fortbildungszentren der Bayerischen Wirtschaft (bfz). Sie ergänzen mit ihrem Angebot die bereits vorhandenen IQ Beratungsstellen des Bundes. Insgesamt gibt es nun in jedem Regierungsbezirk Bayerns eine Anlaufstelle für die Anerkennungsberatung.



<http://bit.ly/2oUV5EJ>





Man kann auch gewinnen: Kämpfe gegen Ausbeutung

Migrant_innen sind besonders anfällig für Ausbeutung und Lohnbetrug. Aber sie haben Möglichkeiten, sich zu wehren. Wie die Opfer des Bengalen Scheich Mohammed Alim: Der Besitzer der Zishan Confection S.R.L. in Neapel soll 400 Landsleute nach Italien geschleust und unter sklavenähnlichen Bedingungen arbeiten haben lassen. Doch nachdem sich eine Gruppe von Arbeitern wehrte und Anzeige erstattete, wurde die Justiz tätig. Jetzt sitzt Alim im Gefängnis.

Nach einem Bericht der taz zeigten bengalische Näher, die Alim ins Land geholt hatte, den mafiösen Textilfabrikanten an. Auch massive Drohungen konnten ihre Proteste nicht stoppen. Schließlich verhaftete ihn die regionale Antimafiaeinheit DDA. Anfang Februar 2017 fand das so genannte Beweissicherungsverfahren statt. Die Geltung der EU-Menschenhandelsrichtlinie 2011/36/EU wurde von einer Reihe von EU-Staaten auf ausgebeutete Arbeiter ausgeweitet. Auf dieser Grundlage leitet ein Anti-Mafia-Staatsanwalt aus Mailand die Untersuchung.

„Das zeigt, dass die Justiz vermeiden will, dass Beweise und Zeugen verschwinden, denn die Korruption reicht bis in die obersten Ebenen der Justiz“, sagt der Aktivist Gianluco Petruzzo von der Gruppe Associazione 3 Febbraio (A3F), die eng mit dem italienischen Gewerkschaftsbund CGIL zusammenarbeitet. Petruzzo glaubt, dass während des Prozesses noch mehr über die rund 70 Textilfabriken im Norden Neapels und ihre Verstrickungen mit der Camorra ans Licht kommen könnte. Die Anklage gegen Alim lautet auf Menschenhandel und Ausbeutung von Arbeitskraft in Verbindung mit Sklaverei sowie Bildung einer mafiösen Vereinigung. Darauf stehen bis zu zehn Jahre Gefängnis. Die bengalischen Näher arbeiten heute in einer anderen Fabrik – der Chef dort zahlt pünktlich den Lohn, die Arbeitszeit ist auf 8 Stunden begrenzt, so die A3F.

Auch in Deutschland gibt es Kämpfe ausgebeuteter Arbeiter. In Hessen protestierten im März rumänische Bauarbeiter am Frankfurter Flughafen für ihren Lohn. Sie sind Teil einer Gruppe von wohl Dutzenden Arbeitern, die eine Neu-Isenburger Baufirma um ihren

Lohn betrogen hatte. Die Firma hat nun Hausverbote bei der Lufthansa, der Generalunternehmer wird die ausstehenden Löhne nachzahlen. Die IG BAU und die DGB Beratungsstelle Faire Mobilität hatten die Rumänen unterstützt.

Derweil kritisierte die Caritas im Kreis Gütersloh die Bedingungen für die südosteuropäischen Werkvertragsarbeiter_innen beim Fleischkonzern Tönnies. „Hier geschieht eklatantes, moralisches Unrecht“, sagte Thomas Witt, Vorsitzender des Caritasverbandes im Erzbistum Paderborn. Die Caritas hatte im letzten Jahr hunderte der Arbeiter_innen befragt. „In dieser Dramatik hätten wir die Situation nicht erwartet“, sagte Witt. „Die Menschenwürde ist unteilbar. Auch Beschäftigte aus Rumänien, Polen oder Bulgarien müssen in deutschen Betrieben gut behandelt werden,“ so die Caritas.

Neapel: <http://bit.ly/2o2MJLX>

FFM: <http://bit.ly/2orHrF2> & <http://bit.ly/2o3hhgz>

Tönnies: <http://bit.ly/2orNh9C>

Asyl für die türkische Gewerkschafterin Sakine Yilmaz

Über sieben Monate ist es her, dass die nach Deutschland geflüchtete Generalsekretärin der türkischen Lehrgewerkschaft Eğitim Sen, Sakine Yilmaz einen Asylantrag stellte. Mitte April erkannte das BAMF sie schließlich an. Die GEW vermutet „politische Gründe“ für die lange Verfahrensdauer.

Yilmaz' Anwalt Hanswerner Odenthal hatte wegen der ausstehenden Entscheidung das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge auf Untätigkeit verklagt. „Spätestens nach dem Referendum in der Türkei war mehr als unverständlich, dass trotz sehr klarer Sachlage noch immer keine Anerkennung erfolgt war“,

sagt Manfred Brinkmann, Referent für Internationales beim GEW Hauptvorstand. Yilmaz habe ihr Anliegen mit Beweisen unterfüttert. „Wir vermuten, dass es politische Gründe gibt, dass das BAMF bei Asylbewerbern aus der Türkei so zurückhaltend gewesen ist.“ Er sei sehr froh, dass diese Zurückhaltung aufgegeben und Sakine Yilmaz anerkannt wurde, sagt Brinkmann. Nach dem Putsch im Juli hatten Polizisten in der Türkei die Räume der Eğitim Sen durchsucht und Gewerkschafter_innen verhaftet.

Nach Angaben des BAMF stellten von September 2016 bis Februar 2017 insgesamt 3.686 Türk_innen Asylanträge in Deutschland. Das waren rund zwei

Prozent aller Anträge in dieser Zeit. In der gleichen Zeit entschied das BAMF über 1.628 Anträge – fast jeder zweite (674) wurde abgelehnt. 821 Anträge wurden nicht geprüft – meist, weil die Person über einen anderen EU-Staat nach Deutschland gekommen war. Ganze 133 positive Bescheide gab es – das ergibt eine Quote von 8,2 Prozent. Damit wurden Türk_innen erheblich öfter abgelehnt als die meisten anderen Flüchtlinge – deren Gesamtschutzquote lag im Februar bei etwa 46 Prozent.

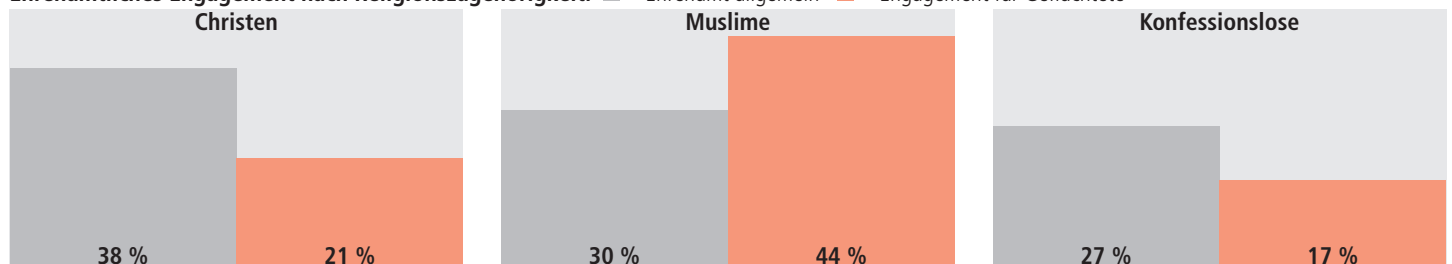
Gastkommentar von Sakine Yilmaz in Forum Migration: <http://bit.ly/2oUygr>

Beitrag im Magazin Mitbestimmung: <http://bit.ly/2h3tlqs>

Studie: Muslime helfen Geflüchteten am häufigsten

Religiöse Menschen sind überproportional in Solidaritätsarbeit aktiv – Muslime besonders

Ehrenamtliches Engagement nach Religionszugehörigkeit: ■ = Ehrenamt allgemein · ■ = Engagement für Geflüchtete



Quelle: „Engagement für Geflüchtete – eine Sache des Glaubens?“ Studie Bertelsmann-Stiftung. 2017. <http://bit.ly/2mV3E2I>



News + Termine

BAMF: Altfälle bis Sommer abgearbeitet haben – dafür „freiwillige Samstagsarbeit“

Die Chefin des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF), Jutta Cordt, will die Asylbewerber-Altfälle bis auf 100.000 abbauen: „Wir haben in diesem Jahr noch 435.000 Altverfahren aus den Vorjahren mitgenommen. Unser Ziel ist es, diesen Menschen bis zum Ende des Frühjahrs Gewissheit zu geben, ob sie bleiben können oder nicht“, sagte Cordt der Rheinischen Post. In diesem Jahr habe es bis Anfang März 34.000 Neuankommende gegeben, so Cordt. „Bei den Menschen, die jetzt kommen, dauert es aktuell von der Antragstellung bis zur Entscheidung rund drei Monate.“ Künftig sollen alle Neuverfahren in drei Monaten beendet werden. Derzeit berichtet die Zeit von einem Brief an die BAMF-Mitarbeiter, in dem diese zu „freiwilliger Samstagsarbeit“ aufgefordert werden. Verfasst worden sei das interne Schreiben von einem Abteilungsleiter der Behörde. Zudem häufen sich dem Blatt zufolge Beschwerden über eine „sinkende Qualität von Asylentscheidungen“.

Kirchenasyl: Bayrische Staatsanwaltschaften ermitteln gegen Pfarrer

Die bayerische evangelische Landeskirche ist besorgt über Ermittlungen gegen Pfarrer, die Flüchtlingen Kirchenasyl gewähren. Inzwischen würden sogar Ermittlungen „in ganz alten Fällen“ eingeleitet, sagte Oberkirchenrat Michael Martin. Die Einleitung solcher Ermittlungsverfahren sei unverhältnismäßig, beklagte Martin. Die Kirchenasyle seien schon lange bekannt und zunächst kein Anlass für Ermittlungen gewesen. Rein rechtlich sei das Vorgehen – soweit die Fälle nicht verjährt sind – allerdings nicht angreifbar. Derzeit wisse die bayerische Landeskirche von 17 Ermittlungsverfahren, die Zahl dürfte aber inzwischen höher liegen, sagte Martin. Die Zahlen sollte man unaufgeregt sehen, „aber aufmerksam auf andere Zeichen möglicher Eskalation achten“. Derzeit sind 65 Kirchenasyle in evangelischen Kirchengemeinden in Bayern mit 88 Geflüchteten bekannt – das ist etwa jedes fünfte in Deutschland. Nach Landeskirchenangaben wurde der Großteil der Ermittlungen ab Herbst 2016 aufgenommen.

<http://bit.ly/2omhE24>

Umfrage: Jugendliche in Mittel- und Osteuropa wollen EU

Für eine klare Mehrheit der jungen Mittel- und Osteuropäer ist die EU-Mitgliedschaft ihres Landes eine gute Sache. Das ergab eine Studie der Bertelsmann-Stiftung. Am meisten schätzen die Befragten im Alter von 15 bis 24 Jahren die europäische Staatengemeinschaft als Garant für Frieden. Auch findet es eine Mehrheit von ihnen gut, innerhalb der EU in einem anderen Land studieren, leben und arbeiten zu können. In allen sechs Ländern bewerten über 70 Prozent der befragten jungen Menschen die EU-Mit-

gliedschaft ihres Landes positiv. Am größten ist die Skepsis unter jungen Slowaken. Für 75 bis 81 Prozent der jungen Mittel- und Osteuropäer ist die EU vor allem als Friedensgarant des europäischen Kontinents von zentraler Bedeutung. 61 bis 65 Prozent schätzen außerdem die Möglichkeit, in einem anderen EU-Land studieren zu können und 60 bis 72 Prozent begrüßen es, dort leben und arbeiten zu können.

<http://bit.ly/2mozx33>

GEW: Zweitspracherwerb sollte möglichst früh beginnen

Der Erwerb der deutschen Sprache ist zentral für die soziale Inklusion. Die Erkenntnisse der Zweitspracherwerbsforschung belegen eindeutig, dass Kinder weder durch den simultanen Erwerb zweier Sprachen noch durch den frühen Zweitspracherwerb überfordert werden. Darauf hat die GEW hingewiesen.

Stellungnahme der GEW: <http://bit.ly/2mLhINy>

Rat für Migration:

Buch zu Flüchtlingsprojekten erschienen

Die öffentliche Debatte über Zuwanderung und Geflüchtete ist auch im Wahljahr 2017 oft von Sorgen und Ängsten bestimmt. Ein neues Buch des Rats für Migration begegnet dem mit einer anderen Sichtweise: Die Studie „So schaffen wir das – eine Zivilgesellschaft im Aufbruch“ stellt 90 Projekte für Geflüchtete, aber auch mit und von ihnen vor. „Es ist eine neue Bürgerbewegung entstanden, die in diesem Buch erstmals ausführlich dargestellt wird“, sagt Werner Schiffauer, Herausgeber des Buchs und Vorsitzender des Rats für Migration. „In der Auseinandersetzung mit Flucht hat sich die deutsche Zivilgesellschaft neu aufgestellt.“

www.rat-fuer-migration.de

Bei IG Metall engagierter Afghane konnte nach Ausreise wieder zurück

Der von Abschiebung bedrohte und vorläufig ausgereiste afghanische Künstler Ahmad Shakib Pouya konnte nach Deutschland zurückkehren. Den Weg zur Rückkehr hatte ihm ein Projektvertrag mit der Münchner Schauburg eröffnet. Das städtische Münchner Kinder- und Jugendtheater bot Pouya die Hauptrolle des Ali in einer Neuproduktion von Rainer Werner Fassbinders „Angst essen Seele auf“. Der Fall des bei der IG Metall engagierten Künstlers hatte bundesweit für Aufsehen gesorgt. Er sollte abgeschoben werden, obwohl sein Fall der Härtefallkommission des Bayerischen Landtags zur Entscheidung vorlag. Mit der freiwilligen Ausreise Ende Januar wollte Pouya die Wiedereinreiseperrre umgehen, die bei einer Abschiebung wirksam würde. Pouya war 2011 nach Deutschland geflüchtet. Unter anderem baute er in Augsburg das Flüchtlingsprojekt „Grandhotel Cosmopolis“ mit auf.

<http://bit.ly/2o2z87y>

Vielfalt Mediathek Filmtipp:

Monsieur Claude und seine Töchter

Monsieur Claude und seine Frau Marie sind ein zufriedenes Ehepaar mit vier Töchtern. Doch als sich drei ihrer Töchter mit einem Muslimen, einem Juden und einem Chinesen verheiraten, verändert sich ihr Leben. In die französische Lebensart platzen andere Welten hinein und jedes Familienfest gerät zum interkulturellen Minenfeld. Da ist die Ankündigung der jüngsten Tochter, einen französischen Katholiken zu heiraten, Musik in ihren Ohren. Doch als sie ihrem vierten Schwiegersohn, dem schwarzen Charles, gegenüberstehen, reißt Claude und Marie der Geduldsfaden. Geschwächt durch Beschneidungsrituale, Hühnchen halal und koscheres Dim Sum ist ihr Toleranzvorrat aufgebraucht.

Spielfilm Frankreich, 2014. 93 Min.

<http://bit.ly/2iwxUdb>

Mentor_innenausbildung für Grundbildung und Alphabetisierung in der Arbeitswelt Nord

Teil I: 01. bis 02. September 2017

Teil I: 15. bis 16. September 2017

Veranstaltungsort: Hannover

Sachsen und Berlin-Brandenburg

Teil I: 15. bis 16. September 2017

Teil I: 22. bis 23. September 2017

Veranstaltungsort: ARBEIT UND LEBEN Sachsen, Geschäftsstelle Dresden

Bayern/Baden-Württemberg

Teil I: 06. bis 07. Oktober 2017

Teil I: 13. bis 14. Oktober 2017

Veranstaltungsort: DGB Bildungswerk Bayern, München

Nordrhein-Westfalen

Teil I: 10. bis 11. November 2017

Teil I: 17. bis 18. November 2017

Veranstaltungsort: DGB Tagungszentrum Hattingen

Rheinland-Pfalz/Saarland und

Hessen-Thüringen

Teil I: 13. bis 14. November 2017

Teil I: 20. bis 21. November 2017

Veranstaltungsort: Plansecur-Akademie, Kassel

Faire Mobilität – Ausbeutung und Lohndumping verhindern. Train-the-Trainer Seminar 12. Juli 2017

Veranstaltungsort: Hattingen

Grundlagenseminar betriebliche Fachkraft Anerkennung

03. bis 09. September

Veranstaltungsort: Steinbach/Ts.

Infos und Anmeldung für alle Veranstaltungen: <http://bit.ly/1Jv9okq>



Der Vielfalt gerecht werden



© Foto: Iva Krtalic

Kommentar von Iva Krtalic, Beauftragte für Integration und interkulturelle Vielfalt beim WDR

Die britische Theoretikerin Sara Ahmed erzählt eine Anekdote aus der Zeit, als sie für ihr Buch „On Being Included“ über Vielfalt in den akademischen Institutionen recherchiert hat. Eine Gesprächspartnerin, Vielfalts-Beauftragte einer britischen Universität, schlägt die neue Unternehmensseite ihrer Institution im Netz auf, auf der die „senior manager“, Führungskräfte, abgebildet sind. Beim Anblick der Bilder lacht sie auf und fragt: „Sind die etwa verwandt?“.

Weiß Männer, Mitte fünfzig, Anzug, Krawatte: Das Bild ist so geläufig, dass erst ein Witz die Aufmerksamkeit darauf lenkt, dass es die gesellschaftliche Zusammensetzung kaum spiegelt. Oft ist es nur den Menschen, die durch ihre Herkunft, sexuelle Orientierung, Behinderung oder ein anderes Merkmal der „Andersheit“ von einer vermeintlichen Norm abweichen, sichtbar, wie homogen manch eine Organisation tatsächlich ist. Deshalb gilt es, die „Normalität“ solcher Zusammensetzungen bewusst infrage zu stellen.

In vielen deutschen Redaktionen ist es oft nicht anders. Es gibt keine umfassenden Zahlen, aus verschiedenen Studien wissen wir aber, dass die Anzahl der Journalistinnen und Journalisten weit unter der Gesamtzahl von Menschen mit Migrationshintergrund liegt. Deutschlandweit hat ihn gut jeder fünfte Mensch – die kulturelle Mischung ist heute Normalität.

Im Westdeutschen Rundfunk hat man diese Diskrepanz erkannt: In unserem Sendegebiet, Nordrhein-Westfalen, leben über 26 Prozent Menschen mit Migrationshintergrund, jedes dritte hier geborene Kind stammt aus einer Familie mit mindestens einem im Ausland geborenen Elternteil. Diesem Publikumswechsel müssen wir als Landessender gerecht werden.

Was heißt das konkret? Natürlich nicht, dass wir den heutigen „Babys mit Migrationshintergrund“

in Zukunft nur Beiträge über Integration aufstischen sollten. Das wird aber wohl heißen, dass diese Menschen – auch wenn Deutsch ihre dominante Sprache und Deutschland ihre Heimat ist – die Vielfalt auf die eine oder andere Weise verkörpern werden. Sie werden in ihrem Familienkreis vielleicht eine andere Sprache sprechen oder hören, Ferien in der Heimat der Eltern verbringen. Möglicherweise werden sie eine türkische Serie verfolgen oder Fan einer kroatischen Fußballmannschaft sein. Ihr Leben wird im kleinen oder großen Ausmaß durch transnationale Praktiken geprägt sein. Und es wird sich in einem sozialen Raum abspielen, der in vielen Segmenten durch die kulturelle Mischung, durch Hybridität, geprägt ist. Für die heutigen „bio-deutschen“ Babys wird dies übrigens nicht anders sein, diese Realität wird auch ihr Verständnis der eigenen kulturellen Identität prägen.

Ich bin glücklich darüber, dass ich im WDR an eine Tradition anknüpfen kann, die kulturelle Vielfalt als Thema – sowohl im Programm als auch im Personal – als Ressource betrachtet. Trotzdem gibt es Luft nach oben. Auch die aktuellen Diskussionen rund um die Rolle der öffentlich-rechtlichen Medien werfen die Frage auf, ob wir die ganze Bandbreite der sozialen Vielfalt widerspiegeln: die unterschiedlichen Kulturen und Geschlechter, Bildungsgrade und Lebenslagen. Die Diskussion tut uns eigentlich ganz gut, denn so wird uns als Journalisten auch klarer, wo die Defizite von Organisationen liegen, die den Diskurs über das Zusammenleben in unserer – vielfältigen – Gesellschaft wesentlich prägen.

Natürlich hat sich in den letzten Jahren vieles, sogar sehr vieles in den Medien geändert. Menschen mit ausländischen Wurzeln sind auf den Bildschirmen viel sichtbarer geworden. Über das Zusammenleben wird mit viel mehr Gelassenheit berichtet. Trotzdem denke ich, dass viele Themen und Sichtweisen erst präsent werden, wenn ein „Betroffener“ in die Redaktion kommt – schließlich schauen wir alle auf die Welt durch die Brille der eigenen Biografie.

Dass vielfältige Teams in der vielfältigen Wirklichkeit besser – auch wirtschaftlich – agieren, ist eine

Grundannahme im Diversity Management. Ich finde aber, ein Bekenntnis zur Vielfalt muss viel mehr wollen als Gewinnmaximierung – besonders in den Medienhäusern. Es geht hier nicht primär darum, „zahlende Kunden“ des Rundfunkbeitrags zu bedienen, sondern darum, Vielfalt als zentrales gesellschaftliches Thema zu begreifen und aus dieser Quelle zu schöpfen.

Zugegeben: In Zeiten von zunehmender Arbeitsplatzunsicherheit ist es nicht leicht, Vielfalt als Wert für alle darzustellen. Am wichtigsten erscheint mir hier, dass eine Vielfaltsstrategie keine leere Phrase bleibt, eine Checkliste von Pflichtübungen. Vielmehr geht es darum, Heterogenität in der Belegschaft als Ressource zu verstehen. Es geht nicht (nur) um die Inklusion von Minderheiten, sondern von allen Beschäftigten, die in ihrer Unterschiedlichkeit wertgeschätzt werden. Erst dann können Gruppen, die strukturelle Unterstützung brauchen, gefördert werden, ohne dass dies als Bevorzugung empfunden wird.

Und: Die Geschäftsleitung muss hinter dieser Haltung stehen. Andernfalls laufen alle Bemühungen gegen das, was Sara Ahmed in ihrem Buch auf Seite 27 zeigt: Dort ist nämlich eine Mauer abgebildet.

IMPRESSUM

Herausgeber: DGB Bildungswerk BUND e.V.
Vorsitzende: Elke Hannack
Geschäftsführerin: Claudia Meyer

Verantwortlich für den Inhalt: Daniel Weber
Koordination: Michaela Dälken
Redaktion: Christian Jakob, Berlin
Layout/Satz: ideaal, Essen
Erscheinungsweise: Monatlich

DGB Bildungswerk BUND e.V.
Bereich Migration & Gleichberechtigung
Hans-Böckler-Straße 39
40476 Düsseldorf
Telefon 02 11/43 01-1 88
Telefax 02 11/43 01-1 34
migration@dgb-bildungswerk.de
www.migration-online.de

Artikel zum Themenfeld Anerkennung im Rahmen des Projektes ANERKANNT gefördert vom Bundesministerium für Bildung und Forschung.

GEFÖRDERT VOM



Bundesministerium
für Bildung
und Forschung

